



29.01.2015

Piraten-Reden zu TOP 1: Regierungserklärung
Gestaltung des digitalen Wandels in Nordrhein-Westfalen

in Verbindung damit

Seite 1 von 1

Die Digitale Zukunft Nordrhein-Westfalens benötigt ein
eigenes „Internetministerium“ sowie einen „Internetausschuss“
Antrag der Piratenfraktion, [Drucksache 16/7773](#)

Drei Abgeordnete der Piratenfraktion im Landtag NRW erwidern die Regierungserklärung:

1. Dr. Joachim Paul, Fraktionsvorsitzender

Grundsätzliche Einordnung, Themen Breitbandausbau, Wirtschaft, Schutz der
Privatsphäre und Datensicherheit, Gesundheit

2. Michele Marsching, Mitglied im Ausschuss für Schule und Medien

Themen Schule und Bildung

3. Daniel Schwerd, Netz- und Medienpolitischer Sprecher

Forderung: Internetministerium NRW und Internetausschuss im Landtag NRW



29.01.2015

Piraten-Reden zu TOP 1: Regierungserklärung
Gestaltung des digitalen Wandels in Nordrhein-Westfalen

Ihr Ansprechpartner:
Ingo Schneider, Pressesprecher
ingo.schneider@landtag.nrw.de
Telefon: 0211 884-4613
Fax: 0211 884-3723

in Verbindung damit

Seite 1 von 9

Die Digitale Zukunft Nordrhein-Westfalens benötigt ein
eigenes „Internetministerium“ sowie einen „Internetausschuss“
Antrag der Piratenfraktion, [Drucksache 16/7773](#)

Es gilt das gesprochene Wort.

Dr. Joachim Paul, Fraktionsvorsitzender:

[Anrede]

MegaBits. MegaHerz. MegaStark. SuperGeil.

Gestern Abend, um exakt 21.29 Uhr, erhielt ich eine E-Mail, dass in wenigen Minuten ein
reitender Bote der Landesregierung den Text der Regierungserklärung an der Pforte des
Landtages abgeben wird. Auf Papier, auf totem Holz!

Das also ist die digitale Revolution in NRW, nach Vorstellung unserer Landesregierung. Supergeil.

„Das Internet wird verschwinden!“

Das sagte Eric Schmidt, ehemaliger Chef und aktueller Chairman von Google, kürzlich auf dem
World Economic Forum in Davos.

Allerdings rief Schmidt mit diesem Satz nicht das Ende des Internet aus, sondern deutete damit
auf eine Zukunft, in der das Internet ganz selbstverständlich sein werde, in der die Grenze
zwischen digitalem und analogem Raum verschwindet.

Das nennen wir das „Internet der Dinge“. Sie, liebe Landesregierung, haben das „Internet der
Dinge“ nun entdeckt. Diese Erkenntnis steckt wohl hinter Ihrem Vorstoß, die Digitalisierung zum
künftigen Schwerpunkt ihrer Regierungsarbeit zu machen.

Doch so sehr wir PIRATEN das begrüßen, so sehr zeugt ihr Vorstoß doch von einer gewissen
Unkenntnis, von Naivität und mitunter sogar von Fahrlässigkeit.

Wir PIRATEN gehen nicht ins Internet, wir sind Teil des Internet, wir gestalten es!

Doch von einem Gestaltungsanspruch ist in Ihrer sogenannten „digitalen Agenda“ leider nicht viel
zu spüren. Eine lose Zusammenstellung von Politikfeldern mit einem „smart“ davor, einem „4.0“
dahinter und eingepackt in drei MEGAPERLS ist noch keine Strategie. Sie denken das Digitale
bestenfalls als Geschäftsmodell und als Möglichkeit, den Standort voranzubringen. Sie haben
noch nicht verinnerlicht, dass wir an der Schwelle zu einer neuen Gesellschaft stehen.



Das Digitale macht nicht einfach nur das Analoge hübsch, das Digitale betrifft unser Leben in umfassendster Weise. Die Aufgabe muss es sein, das Internet in die Politik und die Politik ins Internet zu bringen.

Wenn wir PIRATEN von „Netpolitik“ sprechen, dann denken wir nicht nur an Breitbandausbau und Freifunk, sondern meinen damit die Blickwinkel, aus denen wir die Welt und die Gesellschaft betrachten. Diese Blickwinkel sucht man vergebens in ihren „digitalen Schwerpunkten“!

Zwei Beispiele:

1)

Die Bundeszentrale für politische Bildung rief jüngst zu einer „Neuen Ethik für das Internet der Dinge“ auf und will damit eine breite gesellschaftliche Debatte befördern.

Die Antwort der Landesregierung: Ein Wettbewerb namens „App in die Mitte“!

2)

Der Vorstandsvorsitzende der Daimler AG, Dieter Zetsche, spricht von der Serienreife des autonom fahrenden Automobils – und bittet die Politik um ethische und rechtliche Rahmenbedingungen.

Antwort der Landesregierung: Sie stellt LED-Leinwände an Autobahnen auf!

Herr Minister Groschek, ich habe gestern mit Interesse vernommen, dass sie die A40 zur Teststrecke für autonom fahrende Automobile freigeben wollen. Ich glaube, sie haben da etwas nicht so richtig verstanden: Es geht ums autonome FAHREN und nicht ums autonome STEHEN.

Mit der Einführung des Internetprotokolls Version 6 können 340 Sextillionen Adressen vergeben werden. Wussten sie das? Wissen Sie, was es bedeutet, wenn nun auch die Dinge miteinander kommunizieren? Frau Ministerpräsidentin, ehrlich, das erwarte ich nicht von Ihnen.

Ich möchte nur wissen, ob Sie auf eine Welt vorbereitet sind, in der Autos mit Versicherungen kommunizieren oder Social Media-Konzerne heimlich gemütsmanipulierende Experimente mit Ihnen durchführen, ohne sie darüber zu informieren?

Eine Regierungserklärung soll Antworten liefern, aber welche Frage haben sie sich eigentlich gestellt?

Sie kleben Etiketten auf leere Tüten. Supergeil. Sie hinken der Zukunft hinterher, anstatt sie zu gestalten. Sie wollen NRW als Heimat in der digitalen Welt darstellen. Also ich folge da lieber dem Spruch, den ich auf einem T-Shirt eines junges Mannes gelesen habe: *„Home is where your wifi connects automatically!“*

Ihr Versuch, die digitale Revolution durch ein analoges Heimatverständnis einzugrenzen, macht deutlich, wie wenig Ihnen die Tragweite und die Auswirkungen der Digitalisierung bewusst sind.



Stattdessen:

1. Lassen sie uns mit Gunter Dueck über das Internet, die Bildung und die Zukunft der Arbeit in einer vernetzten Welt reden.
2. Lassen Sie uns mit Jeremy Rifkin über seine Theorie der Nullgrenzkostengesellschaft diskutieren.
3. Und lassen Sie uns mit Jaron Lanier über sein Konzept einer nachhaltigen Informationsökonomie debattieren.

Eine der spürbarsten Auswirkungen der Digitalisierung ist die fortschreitende Automatisierung der Arbeitswelt. Sie wird hunderttausendfach Jobs kosten – und gleichzeitig neue generieren können. DAZU braucht es politische Antworten – und zwar tschaka.

[Anrede]

Nordrhein-Westfalen hat schon einmal darunter gelitten, dass die Zeichen der Zeit zu spät erkannt wurden. Viel zu lange hat man in der Vergangenheit das tote Pferd der Kohleförderung geritten. Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, unter denen sich digitaler Wandel zum größtmöglichen gesamtgesellschaftlichen Nutzen vollzieht.

1. die Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur,
2. eine gesetzliche Sicherstellung der informationellen Selbstbestimmung,
3. eine gleichberechtigte Sicherung der digitalen Teilhabe aller Menschen, und
4. eine verbesserte Transparenz von politischen Prozessen.

Das geht nur aus einer Hand, unter einem Dach. In einem eigenen **Internetministerium!**

Nur ein Internetministerium kann alle politischen Handlungsfelder thematisch so bündeln, dass die digitale Daseinsvorsorge sichergestellt werden kann.

Derzeit werden die Themen in einer Vielzahl von Landesministerien behandelt – und im schlimmsten Fall eben auch gar nicht. Supergeil.

Breitbandausbau

Zentrale Forderung einer digitalen Daseinsvorsorge ist der flächendeckende Zugang zum **Breitbandnetz**. Nur so können alle Bürger Nordrhein-Westfalens an der modernen Wissens- und Informationsgesellschaft teilhaben. Darüber hinaus ist es ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Die BREKO Breitbandstudie 2014 hat herausgefunden: Breitbandzugang ist Standortfaktor Nummer Eins – vor Strompreisen, Verkehrsanbindung sowie Gewerbe- und Grundsteuer. Der Breitbandzugang spielt eine Schlüsselrolle bei dem Ausbau von Wohlstand und Teilhabe in NRW. Eine digitale Spaltung in städtische und ländliche Regionen muss verhindert werden. Denn das kann sich ein Flächenland wie NRW einfach nicht leisten!

Lassen Sie mich aufzeigen, wie fahrlässig die Landesregierung mit diesem wichtigen Thema umgeht: In unserem ersten Antrag zur Breitbandpolitik haben wir die Landesregierung gefragt: Wie wollen sie eigentlich das Ziel erreichen, Internet mit 50 Mbit/s flächendeckend bis 2018 zu garantieren? Stellen sie die notwendigen Mittel zur Verfügung, oder sind das nur Sonntagsreden?



Vor zwei Jahren haben wir Ihnen die Frage gestellt, weder konnten Sie sie bis heute beantworten noch können Sie glaubhaft vermitteln, wie dies in Zukunft geschehen soll.

Sie haben den Kopf jetzt zwei Jahre in den Sand gesteckt, und hoffen darauf, dass Geld und Impulse vom Bund kommen. Von den drei von der Hütchenspieler-Tankstelle: Gabrindt, Dobriel und de Maiziere. Supergeil.

Im Oberbergischen Kreis kann nur jeder zweite Haushalt auf bis zu 16 Mbit/s zugreifen, was aber nur bedeutet, dass er mehr als 6 Mbits/s erhält. Im Kreis Heinsberg sieht es nicht viel besser aus. Die Landesregierung verharrt offensichtlich in der Hoffnung, dass irgendwer schon Verantwortung übernehmen und den Netzzugang im ländlichen Gebiet sicherstellen wird.

Ein wenig Glück haben Sie, Frau Kraft, ja schon.

Funkfrequenzen! Supergeil.

Wir fordern die Landesregierung auf, sicherzustellen, dass die erwarteten Fördermittel aus der Funkfrequenzversteigerung nicht allein großen Telekommunikationsunternehmen, sondern auch kommunalen Unternehmen zu Gute kommen, die nachhaltige Glasfaseranschlüsse planen und ausbauen!

Und: Ein klares Bekenntnis zur Netzneutralität! SUPERGEIL!

Den Kernpunkt der Breitbandpolitik hat die Kohle- und Kupferkabelregierung noch gar nicht auf dem Schirm:

Branchenkenner erwarten, dass im Jahr 2020 durchschnittliche Bandbreiten von 200 MBit/s im Down- und 120 MBit/s im Upstream nachgefragt werden.

Das derzeitige kupferbasierte Breitbandnetz ist Lichtjahre davon entfernt, diese Leistung zu erbringen.

Deswegen fordern wir den Sprung in den Gigabitbereich – Glasfaser statt Kupfer. Giga statt Mega. Supergeil.

Wir fordern die Landesregierung auf, einen Fahrplan „Glasfaserausbau“ zu erarbeiten, der mit konkreten Schritten festlegt, wie die Mehrheit der Haushalte und Unternehmen mit Glasfaser (oder zumindest den Leerrohren) bis ins Jahr 2020 – und einer flächendeckende Glasfaserinfrastruktur bis 2025 aufgebaut wird. Wir bitten Sie, seien Sie mutig. Lassen sie uns das erste Bundesland sein, dass eine flächendeckende Glasfaserinfrastruktur anbietet!

Denn wenn wir jetzt planen und Synergien mit anderen Infrastrukturträgern nutzen, also Kanalsysteme, Straßen, Schienen oder Strommasten mit einbeziehen, ist der Glasfaserausbau realistisch zu stemmen.

Das wäre wirklich „smart“, Frau Kraft.



Wirtschaft

Ist die nordrhein-westfälische Wirtschaft gut aufgestellt für die digitale Zukunft?

Wer mit einem Einzelhändler oder einem Presseverleger redet, der weiß, wie stark die Umbruchskraft der Digitalisierung bereits jetzt ist. Und das ist erst der Anfang.

Experten prognostizieren, dass die Hälfte der Arbeitsplätze durch eine fortschreitende Digitalisierung gefährdet ist. Die Industrialisierung hat für eine Automatisierung der Muskelkraft gesorgt. Die Digitalisierung wird mit ihren Algorithmen weite Teile der Kopfarbeit automatisieren. Das Oxford-Papier von Osborne und Frey sagt: in den nächsten beiden Dekaden sind 47% aller Jobs vom Wegfall bedroht, durch Digitalisierung und Robotisierung. Mit über 90 Prozent Wahrscheinlichkeit müssen Immobilienmakler, Sachbearbeiter, Köche oder Packer um ihre Jobs fürchten.

Was erzählen Sie diesen Menschen, Frau Kraft?

Ist unsere Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik darauf vorbereitet?

Und was ist mit unserer Sozialpolitik, die sich stark am Haben oder nicht-Haben von Arbeit orientiert?

Bereits jetzt ist die Arbeitslosenquote im Ruhrgebiet viel zu hoch. Wir können nicht zulassen, dass sich die Zahl der abgehängten Personen weiter erhöht. Weniger als die Hälfte aller kleinen Unternehmer und Selbstständigen glaubt, in Hinblick auf die Digitalisierung ihres Geschäfts gut aufgestellt zu sein.

Auch unsere traditionsreichen Mittelständler müssen aufpassen, nicht von einer so genannten disruptiven Innovation überrascht zu werden. Also einem neuen Produkt, das das Geschäftsmodell einer ganzen Branche auf den Kopf stellt. Denn generell gilt: Eher wird Google die Autobranche revolutionieren, als dass ein deutscher Autokonzern zum führenden Suchmaschinenbetreiber aufsteigt.

Die Landesregierung setzt auf das Schlagwort Industrie 4.0. Supergeil! Gemeint ist damit die umfassende Vernetzung und Digitalisierung der Produktion. Darüber wird in Deutschland viel geredet aber wenig gemacht. Dabei ist das so genannte Internet der Dinge alles andere als unkritisch zu sehen.

Wenn nicht nur alle Produktions- und Arbeitsschritte, sondern auch alle Haushaltsgeräte Sensoren besitzen und sich untereinander austauschen, fallen große Mengen an sensiblen Daten an.

Und seit Google wissen wir: Mit Daten lässt sich Geld verdienen. Es ist also von großer Wichtigkeit, dass wir klare Datenschutz- und Datensicherheitsstandards einführen. Denn dahinter verbergen sich gesellschaftliche Fragen: Haben wir noch die Souveränität über unsere Daten? Und wer - darf unsere Daten nutzen?

Die Souveränität über die Verwertung der persönlichen Daten darf dem Bürger nicht entzogen werden. Eine entscheidende 4.0 - Frage ist die nach der Energieversorgung. Wir Piraten setzen auf dezentrale Energieversorgung. Das Wuppertal-Institut übrigens auch. Dafür brauchen wir intelligente Netze. Netze, in denen Erzeugungsanlagen, Verbraucher und Speicher miteinander



kommunizieren können. Es ist heute die Aufgabe der Politik, nicht auch noch den gläsernen Stromkunden Wirklichkeit werden zu lassen. All das sind Herausforderungen, die von der Landespolitik angegangen werden müssen.

Die digitale Revolution ist keine Kreisgebietsreform!

Die Landesregierung führt an, sie will 640 Millionen Euro Fördermittel für innovative Projekte ausgeben. Eine imposante Zahl! Supergeil. Aber: Gestreckt bis 2020 wird's doch recht überschaubar. Berücksichtigt man, dass die Landesregierung einfach nur europäische Fördermittel durchleitet, dann muss man zu dem Schluss kommen: Ihre Innovationskraft ist die einer mittleren Verwaltungsbehörde. Das ist keine wirkliche Eigenleistung!

Immerhin sprechen Sie die Bedeutung von Datensicherheit an. Digitale Kommunikation, digitale Daten sind ein großer Wirtschaftsfaktor! Das Vertrauen in die Sicherheit, die Integrität und den Datenschutz ist daher zu einem gesellschaftlichen Wert geworden. Das erkennt auch die Landesregierung und möchte „Cybersicherheit“ fördern.

Was sich gut anhört, ist aber paradox: Die milliardenschweren Ausspähprogramme der Amerikaner und Engländer, die das Ziel haben, jede Kommunikation mitzulesen und jedes Netzwerk zu knacken, sind die größte Bedrohung für das Vertrauen in digitale Kommunikation. Der BND kooperiert in noch ungeklärtem Ausmaß mit den genannten Diensten. Und wer sabotiert die Aufklärung dieser Geheimdienstaffäre: Christ- und Sozialdemokraten.

Da ist es doch völlig unglaublich, wenn Frau Kraft nun ausgerechnet auf Cybersicherheit setzt! Der Bock wird zum Gärtner. Das beste Rezept gegen den Vertrauensverlust ist der Einsatz von quelloffener Software. Open Source-Projekte sollten Sie also fördern und den Menschen, Unternehmen und Behörden zur Verfügung stellen und keine universitären Auftragsarbeiten für die Industrie vorantreiben.

Die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen sind verunsichert über das Ausmaß der Wirtschaftsspionage und fragen nach möglichen Schutzmaßnahmen. Das war im Übrigen vor einem Jahr noch nicht auf ihrer Agenda. Wir hatten einen Antrag geschrieben und eine Anhörung zu dem Thema gefordert. Das Wichtigste ist, dass wir die Bürger in die Lage versetzen, an einer modernen Informations- und Wissensgesellschaft teilnehmen zu können.

Die erfolgreiche Bewältigung der digitalen Revolution wird dezentral von DEN Bürgern ausgehen, die in die Lage sind, die Chancen einer globalen, digital vernetzten Welt zu nutzen.

Schutz der Privatsphäre und Datensicherheit

Liebe Frau Kraft, wenn Sie von NRW 4.0 sprechen, dann meinen Sie digitale Stauschilder. Wir Piraten sprechen aber von der Digitalisierung all unserer Lebensräume – von den eigenen vier Wänden bis hin zur öffentlichen Infrastruktur wie dem Öffentlichen Nahverkehr oder der Wasserversorgung. Smarte Wirtschaft, smarte Arbeit, smarte Verwaltung – das sind die Begriffe, die sie prägen wollen. Supergeil.

Dass für diese Schlagworte viele, viele Daten von nordrhein-westfälischen Konsumenten, Arbeitnehmern, und Bürgern gesammelt und verarbeitet werden müssen, das haben Sie noch nicht wahrgenommen.



Wir Piraten sagen Ihnen: Der Schutz der Privatheit ist ein, wenn nicht DAS zentrale Thema der digitalen Revolution. Sie sprechen beispielsweise von der smarten Dienstleistung und von der Innenstadt als einen „begehbaren Onlineshop“. Gehen Sie doch heute mal auf die Website eines Onlineshops wie Amazon. Sie werden schnell feststellen, wie viele Tracker-Programme dabei Ihr Surfverhalten analysieren. Das sind oftmals zehn, 20 verschiedene Firmen, die verfolgen, welche Produkte Sie sich anschauen, welchen Geschmack Sie haben, was Sie kaufen. Die Firmen wollen am liebsten eine 360° Sicht auf ihre Kunden. Und in Ihrem „begehbaren Onlineshop“ in der Innenstadt werden Sie diese 360° Sicht erreichen. Anstelle von unsichtbaren Programmen sind es dann unsichtbare WLAN-Tracker der Smartphones, RFID-Chips in der Ware oder die softwaregestützte Videoüberwachung. Diese Überwachungssysteme folgen Ihnen dann wie Spione durch die Innenstadt.

In Ihrer Wahrnehmung, Frau Ministerpräsidentin, ist die Stadt ein Urban Entertainment Center, eine Aneinanderreihung endloser Geschäfts- und Einkaufstraßen. Wo bleibt zukünftig Raum für Begegnungsstätten und Öffentliche Plätze für einen zwanglosen, unbeobachteten und freien Umgang miteinander? Oder Frau Löhrmann, stellen Sie sich mal vor, Sie gehen nach einem harten Arbeitstag durch Ihren Lieblingssupermarkt in Solingen. Und stellen Sie sich weiterhin vor, der Supermarktbetreiber und 20 andere Firmen würden dabei erfassen, wie Sie zielstrebig nach der Bio-Schokolade greifen. Ihr Supermarkt schlussfolgert aufgrund Ihres Bewegungsprofils und der Videoaufnahmen, dass Sie an diesem Tag wieder mal von ihrem Koalitionspartner oder gar von Piraten geärgert wurden, dass Sie deshalb unbedingt Schokolade brauchen und dass der Supermarkt Ihnen diese heute ruhig für 10 ct mehr verkaufen kann. Solche Systeme, Frau Löhrmann, gibt es dann nicht nur im Supermarkt, sondern in der gesamten Innenstadt.

Überall werden Sie durchsichtig gemacht.

Wir wollen aber keine gläserne Gesellschaft!

- Datenvermeidung: Welche Lösung verarbeitet am wenigsten persönliche Daten?
- Dezentralität: Gibt es dezentrale Alternativen zu zentral gespeicherten Datenbergen?
- Welche Konfiguration ist die schonendste für die Rechte unserer Bürger?

Frau Ministerpräsidentin, Sie sprechen von Datensicherheit in Ihrer Rede.

Sie wollen die Spitzenforschung in diesem Feld in NRW fördern. Supergeill!

Entschuldigen Sie bitte, wenn ich das sage.

Wir haben bereits Spitzenuniversitäten in dem Feld.

Das Problem ist: Wir nutzen die Forschungsergebnisse nicht.

Weil das Land für Datensicherheit zu geizig ist.

In unserer Anhörung 2014 sprach ein IT-Sicherheitsexperte davon, dass er innerhalb von drei Stunden auf jedes Behördennetz zugreifen konnte, in das er eindringen sollte.



Er konnte dann leicht auf Meldedaten – und sogar auf Daten von Menschen in Zeugenschutzprogrammen zurückgreifen.

Wir, Frau Kraft, Frau Löhrmann, wir nehmen unsere Grundrechte auch im digitalen Zeitalter sehr ernst.

Da - sind wir konservativ.

Wir können unseren Grundrechten in der digitalen Welt nur gerecht werden, indem wir sagen: Wir stellen den Schutz der Privatheit an den Anfang jeder Überlegung. Privatheitsschutz von Anfang an heißt: wir füllen „Privacy by Design“ und „Privacy by Default“ mit Leben. Wenn Ihnen diese Begriffe nichts sagen, dann hören Sie jetzt bitte genau zu. Dafür brauchen wir Privacy Impact Assessments oder auf Deutsch: Privatheitsfolgeabschätzungen.

Auf der bisherigen Grundlage können wir doch nicht ernsthaft ein NRW 4.0 aufbauen. Das ist absurd. Unsere Datensicherheit ist desaströs.

Wir haben einen Antrag zur Überprüfung und Sicherung unserer Systeme eingebracht; bei der Anhörung hielten alle anderen Fraktionen, SPD, Grüne, FDP und CDU, es nicht mal für nötig, einen Sicherheitsexperten einzuladen.

Wir sind bei kommunaler Sicherheit auf unterstem Niveau. Und hier können wir uns nicht mit der Konnexität rausreden oder der Unabhängigkeit der Kommunen. Da gibt es Bürgermeister, die sämtliche Daten in einem Server ungeschützt unter ihrem Schreibtisch stehen haben. Also so, als würden die Behörden ihre gesamten Aktenbestände offen auf den Fluren stehen haben. Das geht in einer vernetzten Welt, in der alles und alle miteinander verbunden sind, einfach nicht.

Deshalb, Frau Kraft, reicht es nicht, nur von der Förderung der Datensicherheit in der Forschung zu sprechen. Sie müssen auch das tun, was die Experten Ihnen sagen.

Weiterhin brauchen wir Bildungsangebote – auf allen Ebenen. In staatlichen Einrichtungen müssen eigene IT-Sicherheitsbeauftragte die Nutzer für einen sicheren Umgang mit ihren Programmen schulen und sensibilisieren. Wir müssen Weiterbildungsmaßnahmen für die Anwendung von Datenschutzregeln in Behörden fördern, den Selbstdatenschutz vorantreiben und die Menschen zuhause, in Behörden, im Krankenhaus oder anderswo befähigen, ihre Hardware und Software sicher und angemessen zu verwenden.

Gesundheit

Auch die Digitalisierung des Gesundheitswesens soll 2015 im Zeichen der Landespolitik 4.0 stehen. Die Landesregierung hat [auch hier] den Fortschritt verschlafen. Im Gesundheitsbereich stehen angeblich 50 Millionen Euro zur Verfügung! Unterm Strich bleiben etwas mehr als 5 Millionen für den Ausbau der Telematik-Infrastruktur. Das reicht nicht! Jedoch ist DAS nicht die entscheidende Frage der Menschen.

Die entscheidende Frage ist, ob der technische Fortschritt und die Anwendung im Gesundheitswesen auch die Bürgerrechte achtet?



Und Herr Laschet, erlauben Sie mir die Bemerkung: Im Gesundheitswesen ist die Digitalisierung – im Wahrsten Sinne des Wortes – mit Sicherheit kein Wohlfühlthema! Der Ausbau der Telematik-Infrastruktur kann nur in Zusammenarbeit mit Gesundheits-experten, IT-Spezialisten, Medizinern, Datenschützern und Ethikern gelingen. Dazu benötigen wir allerdings eine Struktur, die diesen Themenkomplex permanent bearbeitet. Nur die Bündelung der Ressourcen in einem Ministerium kann hier eine Lösung sein.

In Zukunft stehen exorbitant hohe Mengen an Daten zur Verfügung.

Ich spreche von „standardisierten Erlassbriefen“, z. B. nach einer Krankenhausbehandlung; oder von „elektronischen Medikationsplänen“; oder von ausführlichen, Online verfügbare Versichertenstammdaten. Wissen Sie, Sie machen sich Sorgen um Hacker und bauen hier ein Paradies für jeden, der Daten abfischen möchte.

Es wird eine große Herausforderung sein, die Chancen der modernen IT-Technologien in der täglichen Versorgung sicher zu nutzen. Die fünf Millionen der Landesregierung sind an dieser Stelle eher MINI statt MEGA.

Frau Kraft, als kleinste Oppositionspartei haben wir Ihnen nur die dringendsten Themenfelder aufgezeigt, auf denen die Landespolitik vollkommen brachliegt. Wir wären heute etwas softer gewesen, hätten Sie nicht in den letzten zweieinhalb Jahren all unsere Anträge in den diversen Ausschüssen hier im Parlament einfach vom Tisch gefegt.

Wir brauchen Ideen für das Land und die Menschen, die hier leben, damit wir nicht eine weitere Revolution in Wirtschaft und Gesellschaft verschlafen.

Frau Ministerpräsidentin, wir brauchen eine digitale Daseinsvorsorge für die Menschen in unserem Land!



29.01.2015

Piraten-Reden zu TOP 1: Regierungserklärung
Gestaltung des digitalen Wandels in Nordrhein-Westfalen

Ihr Ansprechpartner:
Ingo Schneider, Pressesprecher
ingo.schneider@landtag.nrw.de
Telefon: 0211 884-4613
Fax: 0211 884-3723

in Verbindung damit

Seite 1 von 3

Die Digitale Zukunft Nordrhein-Westfalens benötigt ein
eigenes „Internetministerium“ sowie einen „Internetausschuss“
Antrag der Piratenfraktion, [Drucksache 16/7773](#)

Es gilt das gesprochene Wort

Michele Marsching, Mitglied im Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Zuschauer auf der Tribüne und zu Hausen,
sehr, sehr geile Sachen hier.

„Politik ist das lange und langsame Bohren dicker Bretter.“ Dieser Satz von Max Weber wird auch
hier im Haus tagein, tagaus belegt.

Noch zu Beginn der Legislaturperiode war Ihnen – Frau Ministerpräsidentin – das Thema „Einsatz
digitaler Medien an Schulen“ in Ihrer Regierungserklärung kein einziges Wort wert, auch
Ministerin Löhrmann hat das Thema in Ihrer Erklärung im zuständigen Schulausschuss 2012 nicht
mit einer einzigen Silbe erwähnt.

Heute aber ist ihnen der „Digitale Wandel in der Bildung“ plötzlich so wichtig, dass sie ihn sogar
als Einstieg ihrer Regierungserklärung verwenden. Seit 2012 haben wir PIRATEN das Thema auf
die Agenda gesetzt, haben zahlreiche Initiativen gestartet und freuen uns natürlich jetzt umso
mehr, dass dieses dicke Brett endlich durchbohrt scheint und das Thema „Digitales Lernen“ bei
den Zielen der Regierung vorne an steht. Der Raubmordkopie sei Dank. Supergeil!

Allerdings: Es wurde auch höchste Zeit! Denn die bisherige Regierungsbilanz in diesem Bereich
ist einfach nur erbärmlich.

Denn – was haben sie schon gemacht?

Sie haben grafikfähige Taschenrechner verbindlich in der Oberstufe eingeführt, um den Beschluss
der Kultusministerkonferenz „Medienbildung in der Schule“ umzusetzen. Grafikfähige
Taschenrechner?! Technologie aus den achtziger Jahren des letzten Jahrtausends?! O'rly?!

Die Fachleute sind Sturm gelaufen, wir haben Ausnahmeregelungen erkämpfen müssen, um den
Einsatz von Laptops und Tablets zu erlauben. Aber selbst diese scheinen untauglich zu sein,
Fachleute haben die Ausnahmen bei der Anhörung zu unserem Antrag „Bildungsinnovation 2020“
als eines der größten Hemmnisse für ihre eigene IT-Arbeit bezeichnet. Supergeil!



Sie verzichten auf die EU-Fördermöglichkeiten aus dem Programm „Digitale Bildung öffnen“. Aber genau mit dieser Initiative will die EU-Kommission doch die digitale Kompetenz in der Schule fördern!

Sie wollen sich hier nicht auf Ziele für die gemeinsame Strategie mit dem Bund zum Digitalen Lernen festlegen. Voreuseilend versicherte uns Frau Ministerin Löhrmann, dass sich die Landesregierung doch ohnehin für die von uns formulierten Ziele einsetzt. Noch am 24. November konnten sie allerdings im Ausschuss keine Angaben zum Sachstand bei dieser gemeinsamen Strategie machen.

Man habe halt noch nichts gehört, aber trotzdem irgendwie die Befürchtung, dass im Rahmen der Digitalen Agenda das Digitale Lernen in den Hintergrund rückt. In Wahrheit aber hatte die Bundesbildungsministerin bereits Anfang November vermelden lassen, dass ein Expertengremium dazu seine Arbeit aufgenommen habe!

Da stellt sich mir doch die Frage, ob das Thema „Digitales Lernen“ bei dieser Landesregierung tatsächlich in den richtigen Händen liegt! Aber Frau Ministerin Löhrmann, das ist gar nicht böse gemeint: Das Schulministerium hat nun mal sehr viele Aufgaben und viele Fragen liegen weit verstreut auch bei anderen Ministerien.

Wo ich aber gerade bei ihnen bin Frau Ministerin: In der Pressekonferenz am 15. Januar haben sie angekündigt „zum gesamten Feld Digitales Lernen werde ich sie – wenn wir unsere Pläne konkretisiert haben – gesondert informieren.“

In meinen Ohren klingt das nur ein klitzekleines bisschen besser, als „die kontinuierliche Weiterentwicklung und Bearbeitung der fünf Handlungsfelder“, die sie bisher immer wieder beschworen haben. Doch damit ist es nicht getan! Konkretisieren sie endlich ihre Pläne, denn das tun sie in dieser Regierungserklärung nämlich wieder nicht!

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir eine Empfehlung abzugeben: reden sie doch mal mit progressiven IT-Experten, die keine unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen vertreten. Reden Sie mit dem Chaos Computer Club, den Initiativen für offene Lernmittel und mit Open Source-Communities. Wenn sie mögen, dann stehen sogar wir zu diesem Thema zur Verfügung! Wir alle würden uns über ihre Fragen freuen!

Bisher präsentiert die Landesregierung laufende Programme wie den „Medienpass“ als die Antwort auf die Herausforderungen beim „Lernen mit Medien“. Nichts gegen den Medienpass, er hat durchaus gute Seiten, aber das Angebot ist nun mal unverbindlich! Und so bleibt es jeder Schule selbst überlassen, ob der Medienpass zum Einsatz kommt oder nicht! Wie soll ein solches Angebot denn bitte helfen, die riesige Aufgabe zu erfüllen, dass jede Schülerin und jeder Schüler IT als Arbeitsmittel in der Schule wie selbstverständlich einsetzen kann?

Ganz ehrlich? Das ist so, als wenn man ein Glas Wasser in die Luft hält und ruft „Hier! Jetzt können alle schwimmen lernen!“

Und dann schmücken sie sich mit fremden Federn: Die Weiterentwicklung der learn:line geht auf unsere Initiative zurück! Ihr Vorzeigeprojekt „Logineo“ wird von den Landschaftsverbänden entwickelt und bereitgestellt! Jetzt anzukündigen, dass man in der sowieso geplanten Novellierung der Lehrerausbildung dem Thema „Medienbildung“ mehr Gewicht verleihen will?



Das ist doch keine politische Großtat! Das sind die Vorgaben der Kultusministerkonferenz, die dies ohnehin erforderlich machen!

Und es ist auch kein Ruhmesblatt, wenn die Ministerin bei der Vorstellung der ICILS-Studie feststellt (die computer- und informationsbezogene Kompetenzen von Schülern untersucht), dass nicht das Land, sondern die Schulträger bei der Ausstattung der Schulen zuständig seien. Das mag zwar nach den Buchstaben des Gesetzes richtig sein, aber sich hinzustellen und zu sagen „da können wir jetzt auch nicht viel machen“ ist einfach ... supergeil!

Der Erziehungsauftrag der Schule beinhaltet nach §2 SchulG auch: „Schülerinnen und Schüler werden befähigt, verantwortlich am sozialen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, beruflichen, kulturellen und politischen Leben teilzunehmen und ihr eigenes Leben zu gestalten.“

Dazu gehört aber mehr und mehr die Fähigkeit, webbasierte Medien nutzen zu können. Informationen, die im Internet verfügbar sind einzuordnen und verarbeiten zu können. Im selben Paragraphen steht deshalb auch: „Die Schülerinnen und Schüler sollen insbesondere lernen (...) 9. mit Medien verantwortungsbewusst und sicher umzugehen.“

Die Verantwortung, hierfür geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen liegt beim Land! Um aus dem Mittelalter bei der technischen Ausstattung von Schulen (wie es der Verband Bildung und Erziehung formuliert) herauszukommen, ist es jedoch gar nicht notwendig, die Finanzierung der Schulträgeraufgaben auf den Kopf zu stellen.

Wenn der politische Wille vorhanden wäre, stünde der Entwicklung nichts im Wege, wenn das Land auf die Schulträger zugehe. Aber was findet sich dazu in ihrer heutigen Erklärung? Nicht ein Wort! Supergeil!

Kollege Klaus Kaiser (Ehre, wem Ehre gebührt) hat in der Anhörung zur „Bildungsinnovation 2020“ die durchaus berechtigte Frage gestellt: „Was sollte für die Landespolitik in diesem Zusammenhang oberste Priorität haben?“ und die kommunalen Spitzenverbände haben geantwortet: „das Auflegen einer Strategie“, sowie „ein Vorgehen mit alle Beteiligten“. Den Startschuss dafür hatten wir uns nach der Studie erhofft! Was kommt von ihnen? Nichts! Supergeil!

Die Koordination der Entwicklung einer solchen Strategie und deren Umsetzung, das sind Aufgaben eines Internetministeriums! Übrigens genauso wie die beständige Förderung der Entwicklung einer offenen Infrastruktur aus Open-Source-Software, offenen Standards, Dateiformaten und Inhalten unter freier Lizenz.

Und wer eine Regierungserklärung abgeben könnte, die sich nicht anhört wie aus Zeiten, in denen wir noch per Akkustikkoppler ins Netz gegangen sind, würde auch verstehen, wenn ich sage:

„Oh hier, eine Regierungserklärung, die ist aber weich! Sehr, sehr geil!“



29.01.2015

Piraten-Reden zu TOP 1: Regierungserklärung
Gestaltung des digitalen Wandels in Nordrhein-Westfalen

Ihr Ansprechpartner:
Ingo Schneider, Pressesprecher
ingo.schneider@landtag.nrw.de
Telefon: 0211 884-4613
Fax: 0211 884-3723

in Verbindung damit

Seite 1 von 1

Die Digitale Zukunft Nordrhein-Westfalens benötigt ein
eigenes „Internetministerium“ sowie einen „Internetausschuss“
Antrag der Piratenfraktion, [Drucksache 16/7773](#)

Es gilt das gesprochene Wort.

Daniel Schwerd, Netz- und Medienpolitischer Sprecher der Piratenfraktion NRW:

[Anrede]

„Cyber“ ist die Vorsilbe für „Ich habe keine Ahnung, wovon ich rede“. So haben wir heute viele bunte Buzzwords gehört, viele Ankündigungen, was alles wichtig ist und was getan werden sollte. Aber um Goethe zu zitieren: „Es ist nicht genug zu wissen - man muss auch anwenden. Es ist nicht genug zu wollen - man muss auch tun.“

Der Wandel zur Informationsgesellschaft umfasst sämtliche Lebensbereiche: Die Welt der Arbeit, des Lernens, der Wirtschaft, der sozialen und gesellschaftlichen Interaktion, des Staatswesens und der Verwaltung, selbst die demokratische Willensbildung wird durch diesen Wandel fundamental beeinflusst.

Dieser umfassende Umwälzungsprozess wirft bislang ungeklärte Fragen in den unterschiedlichsten Bereichen auf. Angefangen von der Koordinierung des raschen, flächendeckenden Aufbaus einer zeitgemäßen Breitbandinfrastruktur in NRW, über Fragen einer verbesserten Startup-Förderung, der Anpassung des Urheberrechts an die neuen Bedingungen von Kultur und Bildung, bis hin zu rechtlichen Grundsatzfragen im Bereich der Netzneutralität wie eines zeitgemäßen Datenschutzes.

Gerade im letzten Punkt haben wir es durch das Phänomen der globalen Überwachung mit einem bereits weit fortgeschrittenen Prozess der Verletzung von elementaren Bürgerrechten zu tun. All dies verlangt ein abgestimmtes, koordiniertes Handeln.

Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, wird es Zeit, dass die Ressourcen und auch die widerstrebenden Kompetenzen unterschiedlicher Politikbereiche endlich synchronisiert und gebündelt werden.

Bei der Regierungsbildung 2013 im Bund war die Einsicht dazu schon fast gereift. Wie wir wissen, war man sehr nahe daran, ein Internetministerium einzurichten. Es wurde dann doch nur ein Datenautobahnministerium.



Im letzten Moment wurde die Chance vertan, die dringend nötigen Synergieeffekte im Bereich der digitalen Agenda zu schaffen. Diesen fundamentalen Fehler sollte die Landesregierung nicht wiederholen.

Wer soll denn die digitale Agenda unseres Landes führen? Der Justizminister, der auf der Suche nach rechtsfreien Räumen im Internet ist? Der Wirtschaftsminister, der sich angesichts staatlich organisierter Wirtschaftsspionage für nicht zuständig erklärt? Der Innenminister, der alle Internetnutzer unter Generalverdacht stellt? Die Medienministerin, die eine Suchmaschinensteuer im Bundesrat durchgewunken hat? Der Infrastrukturminister, der auf einem Zukunftskongress Internet-Startups in Gut und Böse sortiert? Oder die Ministerpräsidentin, die die Anträge auf Chefsache ablehnen ließ?

Deshalb fordern wir Sie in unserem Antrag auf, Ihrer verkündeten Einsicht in die Bedeutung des digitalen Wandels nunmehr endlich auch Taten folgen zu lassen. Konzentrieren Sie die Aufgaben auf eine Stelle, und holen Sie endlich die dafür notwendige Kompetenz an Bord.

Und im Landtag sollten wir selbstverständlich einen der Bedeutung angemessenen Spiegelausschuss einführen.

Vielen Dank.